UNIVERSITY OF CALIFORNIA
AT LOS ANGELES
JUN 11 1936
LIBRARY

Nachmittags-Ausgabe.

Deutsches Nachrichtenbüro G.m.b.H.

(Als Manuskript gedruckt, Nachdruck und jede Art Verbreitung ohne Vereinbarung untersagt. Ohne alle Gewähr)

3. Jahrg. 1936	Berlin, Mittwoch, 20. Mai	Nr. 661

Frick und Krosigk besichtigen das Reichssportfeld.

Berlin, 20. Mai. Der Reichs- und Preußische Minister des Innern Dr. Frick, dem sich Reichsfinanzminister Graf Schwerin von Krosigk angeschlossen hatte, besuchte am Mittwoch in Begleitung von Staatssekretär Pfundtner und Oberregierungsrat Ritter von Xer die ihrer Vollendung entgegengehenden gewaltigen Anlagen des Reichssportfeldes, die in wenigen Wochen als die Stätte der Internationalen Olympiade im Mittelpunkt des Weltinteresses stehen werden.

Am Haupteingang, der in seinem gewaltigen Ausmaße seinesgleichen sucht, empfing Architekt March mit Architekt Svonholz und Oberbaurat Weiße die Reichsminister und ihre Begleitung und übernahm die Führung durch die Bauten und Anlagen. In mehr als zweistündiger Besichtigung konnte sich Reichsminister Dr. Frick von den weit fortgeschrittenen Bauarbeiten überzeugen, die, im wesentlichen bereits fertiggestellt, ein Bild gigantischer architektonischer Leistung des Meisters Adolf Hitlers bieten.

Das besondere Interesse des Reichsministers erweckte die Hauptkampfbahn, die mit ihrem von 136 Säulen getragenen Umgang, einem Durchmesser von 304 Metern und einem Fassungsraum für 106 000 Sitzplätze und 20 000 Stehplätze selbst das Kolosseum Roms an Umfang und Wucht übertrifft. Nach Besichtigung der Hauptkampfbahn des Sportfeldes, des Schwimmbassins und des Reittunnierplatzes besuchten die Reichsminister die Dietrich Eckart-Freilichtbühne und die neuerbaute Akademie für Deutschen Sport, die gleichzeitig die Diensträume des Reichssportführers und alle Fachschaften des Deutschen Sports beherbergen wird.

Die amerikanischen Austauschstudenten auf der Wartburg.

Eisenach, 20. Mai. Die von der Vereinigung Carl Schurz durchgeführte Deutschlandreise amerikanischer Austauschstudenten ging am Dienstag von Jena nach Weimar, wo die Dichterstätten besichtigt wurden. Um die Mittagsstunde statteten die Studenten Erfurt einen Besuch ab, von wo die Fahrt nach Eisenach führte. Nach einer Besichtigung der Wartburg fanden sich die Studierenden am Abend mit ihren Gastgebern im Wartburggasthof zusammen.

Der Vizepräsident der Vereinigung Carl Schurz, Dr. h. c. Träger, wies darauf hin, daß der Zweck des Studentenaustausches darin bestehe, Freundschaft und Frieden durch persönliche Fühlungnahme zu suchen.

Eine Wartburgbeleuchtung und Vorträge der Eisenacher Kurrende füllten den Abend aus, der in bester Kameradschaft alle beisammen hielt.

Am Mittwoch vormittag setzten die Studierenden ihre Fahrt nach Marburg fort.

Deutsch-türkische Zahlungsvereinbarungen.

Ankara, 20. Mai. Die Verhandlungen über die Regelung des deutsch-türkischen Waren- und Zahlungsverkehrs, die in den letzten Wochen in Ankara stattfanden, haben zum Abschluß zusätzlicher Vereinbarungen zum Handelsvertrag vom 27. 5. 1930 sowie zum Protokoll über den Waren- und Zahlungsverkehr vom 15. 4. 35 geführt.

Das Zusatzabkommen zum Handelsvertrag, durch das insbesondere die gegenseitigen Zollsätze gewisse Aenderungen und Ergänzungen erfahren haben, tritt am 20. Mai 1936 in Kraft.

Das Zusatzprotokoll, in dem die beiderseitigen Einfuhrinteressen hinsichtlich der Einfuhrkontingentierung in der Türkei und der Devisenbestimmungen in Deutschland geregelt sind, gilt vorläufig bis zum 31. März 1936 bis 30. April 1937 mit der Möglichkeit einer Verlängerung auf unbestimmte Zeit. Die Grundsätze, die für den deutsch-türkischen Warenverkehr bisher galten, sind unter Anpassung an die wirtschaftliche Entwicklung im vergangenen Jahr im wesentlichen beibehalten worden. Die Zahlungen aus dem Warenverkehr werden in der bisherigen Form abgewickelt, wobei für die Nebenkosten des Warenverkehrs zusätzliche Erleichterungen geschaffen werden sind.

Die Flugzeit des „Hindenburg".

New York, 20. Mai. Das Luftschiff „Hindenburg" hat für seine zweite Amerika-Fahrt von Frankfurt bis Lakehurst eine Flugzeit von 78 Stunden 27 Minuten gebraucht.

Vor der Landung mußte das Luftschiff infolge des starken Bodenwindes mehrere Stunden in der Nähe des Flugplatzes kreuzen, ehe es zur Landung ansetzen konnte.

Deutsch-britisches Frontkämpfertreffen in Buenos Aires.

Buenos Aires, 20. Mai. Am Dienstag fand in den Räumen des Deutschen Klubs das erste deutsch-britische Frontkämpfertreffen in Buenos Aires statt, zu dem sich über 300 Teilnehmer eingefunden hatten.

Die Hauptredner des Abends **Mr. Fowler** von der Britischen Legion und **Walter Wilkening** als Vertreter der deutschen Frontkämpfer drückten in ihren Ansprachen den Wunsch nach einer Vertiefung des gegenseitigen Verständnisses und der Förderung der Ziele des Führers und König Eduards aus.

Der Abend stand im Zeichen herzlicher Kameradschaft.

Die Danzig-polnischen Wirtschaftsverhandlungen.

Danzig, 20. Mai. Die Danziger Senatspressestelle teilt mit:

„Wie bereits verlautbart, war zwischen den Danziger und polnischen Regierungsstellen vereinbart, daß über die Beseitigung schädlicher Auswirkungen der polnischen Devisenbewirtschaftung auf die Danziger Belange generelle Verhandlungen in dieser Woche beginnen sollten. Zum Verhandlungsführer war auf polnischer Seite der damalige Unterstaatssekretär Roman in Aussicht genommen.

„Nachdem Unterstaatssekretär Roman zum Minister für Handel und Wirtschaft ernannt worden ist, drohte aus naheliegenden Erwägungen eine Verzögerung der Verhandlungen. Die Danziger Regierung hat sich daher alsbald mit der diplomatischen Vertretung der Republik Polen in Verbindung gesetzt, um eine Beschleunigung zu erreichen. Sie hat auch zur Vorbereitung der schnellen Erledigung der Verhandlungen bereits Vorschläge für die künftige allgemeine Lösung ausgearbeitet und der Gegenseite übermittelt, wobei insbesondere auch die Forderungen der Industrie- und Handelskammer berücksichtigt sind.

„Nach Mitteilung der diplomatischen Vertretung ist mit der baldigen Bestimmung eines neuen Verhandlungsführers und sofortiger Aufnahme der allgemeinen Verhandlungen zu rechnen."

Herriot will Kammerpräsident werden.

Paris, 20. Mai. Das Tagesereignis war am Dienstag die Unterredung zwischen Blum und Herriot. Obgleich eine amtliche Verlautbarung nicht vorliegt, erklärt man in gut unterrichteten Kreisen, daß der Sozialistenführer zunächst sein politisches Programm entwickelt und Herriot die voraussichtliche Zusammensetzung seines Kabinetts mitgeteilt habe, um schließlich dem ehemaligen Ministerpräsidenten das Außenministerium anzubieten. Herriot habe dieses Angebot abgelehnt. In der Begründung soll Herriot darauf hingewiesen haben, daß er zwar mit den großen Richtlinien der von Blum beabsichtigten Außenpolitik einverstanden sei, dagegen zahlreiche Punkte des innerpolitischen Programms nicht billigen könne.

Der Bürgermeister von Le Havre, Leo Meyer, äußerte in den Wandelsängen der Kammer, er sei ermächtigt zu erklären, daß Herriot seine Kandidatur für die Kammerpräsidentschaft aufstellen werde. In Kreisen der Volksfront glaubt man jedoch, daß Blum sich mit der Absage Herriots nicht zufrieden geben werde. Der Innenpolitiker des **Echo de Paris** will wissen, daß von Seiten der Kommunisten und gewisser Persönlichkeiten der Sowjetbotschaft ein Druck auf Herriot ausgeübt werde, um ihn zur Uebernahme zu veranlassen.

Mißstimmung gegen Kommunistentaktik in Frankreich.

Paris, 20. Mai. Die Bestrebungen Blums, möglichst weite Kreise zur aktiven Mitarbeit an der künftigen Regierung heranzuziehen, und die Tatsache, daß sich sowohl die Kommunisten als auch der marxistische Gewerkschaftsverband der Uebernahme einer Mitverantwortung entziehen, andererseits aber doch eine mehr oder weniger weitgehende Kontrolle ausüben wollen, löst in breiten Kreisen Verstimmung aus.

So schreibt **Homme Libre**, die französischen Wähler hätten derartige Methoden nicht gewünscht, als sie ihre Stimme der Volksfront gaben. Frankreich habe die Erpressungspolitik gewisser Gruppe und Vereinigungen satt, die nur ihre eigenen Interessen verträten und keine anderen Rechte hätten als die, die sie sich selbst anmaßten. Man wisse sehr wohl, daß gerade diese langsame Schädigung der Zentralgewalt und die ausweichende Haltung gewisser Kreise zu den augenblicklichen Schwierigkeiten geführt hätten.

Victoire fragt, ob man es in Zukunft mit drei französischen Regierungen zu tun haben werde, auf der einen Seite dem Kabinett Blum, auf der anderen der von den Kommunisten angeführten Regierung der Massen, die durch die sogenannten Volksausschüsse gebildet werden solle, und schließlich der Regierung der marxistischen Gewerkschaft. Drei Regierungen und drei verschiedene Politiken, die sich bald durch den Konkurrenzgeist bekämpfen und die augenblickliche Unordnung nur noch verschlimmern würden.

Der **Ami du Peuple** stellt fest, daß die Volksfront zehn Tage vor dem Zusammentritt der neuen Kammer immer noch kein gemeinsames Programm gefunden habe. Es herrsche Ungewißheit über die Bildung der Regierung und Feindseligkeit gegen die Amtsenheit gewisser Persönlichkeiten in dieser neuen Regierung.

Thomas unerwartet vor dem Untersuchungsausschuß.

London, 20. Mai. Allgemeines Aufsehen erregte am Mittwoch in der Sitzung des Ausschusses zur Untersuchung des Versicherungsskandals das unerwartete nochmalige Erscheinen des Kolonialministers Thomas, der am Dienstag durch einige Zeugenaussagen erheblich belastet worden war.

Thomas erklärte, es sei ihm am Dienstag abend beim Lesen der Zeitungen außerordentlich peinlich gewesen, zu erfahren, daß der Ausschuß eine Reise von drei Personen, deren Namen er nie zuvor gehört habe, seinen Namen genannt hätten. Sein Anwalt habe ihn nun gebeten, in der Verhandlung zu erscheinen. Dieser Aufforderung sei er gern nachgekommen.

Der Anwalt des Ministers richtete hierauf an Thomas eine Reihe von Fragen, die alle damit beantwortet wurden, daß Thomas die verschiedenen am Dienstag vernommenen Zeugen nicht kenne.

Es ist anzunehmen, daß die Feststellungen des Untersuchungsausschusses in Form eines Weißbuches demnächst veröffentlicht werden.

Die Zukunft der englischen Mandatsgebiete.

London, 20. Mai. Ministerpräsident Baldwin empfing am Dienstag eine Abordnung des konservativen Unterhausausschusses für Reichsangelegenheiten, der eine endgültige Regierungserklärung über die Zukunft der Mandatsgebiete forderte. Der Ministerpräsident konnte jedoch die von dem Ausschuß gewünschte Versicherung, daß die englische Regierung unter keinen Umständen der Uebertragung irgendeines unter britischer Verwaltung befindlichen Mandats zustimmen würde, nicht abgeben. Er erklärte vielmehr, daß er über seine im Unterhaus mitgeteilte Stellungnahme nicht hinausgehen könne.

Verlegung englischer Munitionsfabriken nach der Westküste.

London, 20. Mai. Das englische Kriegsministerium hat bei Speidgend in Südwales ein größeres Grundstück gekauft, auf dem nach einem Bericht der Morning Post Anlagen zur Herstellung von Sprengstoffen errichtet werden sollen. Es sei möglich, daß ein Teil des berühmten Arsenals von Woolwich an der Themsemündung nach dem neuen Platz in Südwales verlegt werde.

Innerpolitische Fragen vor dem englischen Kabinett.

London, 20. Mai. Das englische Kabinett beschäftigte sich in seiner Sitzung am Mittwoch ausschließlich mit innerpolitischen Angelegenheiten. Kolonialminister Thomas wohnte der Sitzung nicht bei, da er an der Verhandlung des Versicherungs-Untersuchungsausschusses teilnahm.

Ende des irischen Senats.

London, 20. Mai. Der Senat des Freistaates Irland hat am Dienstag zu bestehen aufgehört.

In Zukunft werden die Staatsgeschäfte von der Regierung unter dem Vorsitz des Präsidenten de Valera unter ausschließlicher Kontrolle des Landtages geführt werden. Durch das Ausscheiden des Senats wird die Stellung des Präsidenten de Valera aller Voraussicht nach weiter gestärkt werden.

Englisch-sowjetrussische Flottenverhandlungen eröffnet.

London, 20. Mai. Die englisch-sowjetrussischen Flottenverhandlungen wurden am Mittwoch nachmittag im englischen Außenamt formell eröffnet.

Der Negus Ehrenmitglied eines Studentenverbandes.

London, 20. Mai. Der Kaiser von Abessinien ist von der „Cambridge Union Society", einem führenden Studentenverband in Cambridge, mit großer Mehrheit zum Ehrenmitglied ernannt worden. Der Negus ist bereits Ehrendoktor der Universität von Cambridge.

Der Tabakarbeiterstreik in Bulgarien beendet.

Sofia, 20. Mai. In der Nacht zum Dienstag ist infolge der Vermittlungstätigkeit der Regierung der große Tabakarbeiterstreik in Bulgarien, der 25 000 Arbeiter umfaßte, nach dreitägiger Dauer beendet worden. Ungefähr 85 v. H. der Forderungen der Arbeiter wurden bewilligt. Die Arbeit wurde am Mittwoch früh wieder aufgenommen.

Zwischenfall in einer griechischen Stadt.

Athen, 20. Mai. In Lewadhia kam es am Dienstag zu schweren Zwischenfällen. Aus Erbitterung über die von der Regierung geplante Errichtung eines Landgerichts in der Nachbarstadt Theben setzten die Bewohner von Lewadhia kurzerhand die Behörden — Polizei, Gerichts-, Post- und Telegraphenbeamten — ab.

Der Hafen von Tel-Aviv unter englischem Schutz.

Haifa, 20. Mai. Im neuen jüdischen Hilfshafen von Tel-Aviv wurde unter dem Schutz eines aus Haifa hinzugezogenen englischen Kreuzers am Dienstag die erste Schiffsladung gelöscht. Die Judenbevölkerung von Tel-Aviv nahm das zum Anlaß, um Freudenkundgebungen mit Straßentänzen und Freibier zu veranstalten. Der arabischen Hafenarbeiterschaft von Jaffa hat sich große Erregung bemächtigt, die sich in Anklagen gegen die eigene Streikleitung wegen Duldung der neuen jüdischen Hafenkonkurrenz äußert.

Nach Streikabbruch noch gespannte Lage in Mexiko.

Mexiko-Stadt, 20. Mai. Der Eisenbahnerstreik in Mexiko ist ruhig verlaufen. Die Stimmung der Eisenbahner gegenüber der Regierung ist trotz des angeblichen Schiedsspruches, der in Eisenbahnerkreisen als „Tod des Streikrechts" bezeichnet wird, noch wie vor sehr unfreundlich. Am Dienstag morgen fand auf dem großen Hof des Präsidentsamtes eine Kundgebung statt, in deren Mittelpunkt die Verbrennung eines von den Eisenbahnarbeitern mitgebrachten schwarzen Sarges stand, in dem sich ein Exemplar des mexikanischen Arbeitsgesetzbuches befand. Die bei dieser Kundgebung gehaltenen Reden wandten sich scharf gegen die Regierung.

Die englisch-japanischen Beziehungen.

Tokio, 20. Mai. Ausländische Agenturen hatten die Nachricht verbreitet, daß die japanische Regierung beschlossen habe, England einen Ausgleich im Fernen Osten und ein zweiseitiges Flottenabkommen vorzuschlagen. Diese Meldungen gehen auf eines längeren Kommentar zurück, den Tokio Nitschi Nitschi gelegentlich der Abreise des neuen japanischen Botschafters Yoschida nach London veröffentlichte.

Wie hier erklärt wird, beruht dieser Kommentar lediglich auf Vermutungen, da weder Ausgangspunkt der Regierungserklärung des Ministerpräsidenten Hirota und des Außenminister Arita sowie einer Aeußerung des Marineministers im Reichstag haben. Die Aeußerung des Marineministers besagte, daß Japan die Hoffnung auf das Zustandekommen eines neuen Flottenvertrages nicht aufgegeben habe.

In allen Einzelheiten jedoch weicht der erwähnte Kommentar von „Tokio Nitschi Nitschi" von der außenpolitischen Linie der japanischen Regierung vollständig ab. Wie Ministerpräsident Hirota betonte, wünscht die japanische Regierung wohl eine friedliche Verständigung mit allen Völkern, insbesondere mit den Nachbarstaaten sowie mit England und Amerika, wobei jedoch vorausgesetzt wird, daß Japan als die ausschlaggebende Macht im Fernen Osten anerkannt wird.

Auf die Frage des Vertreters des Deutschen Nachrichtenbüros, ob der gemeldete Beschluß der japanischen Regierung tatsächlich erfolgt sei, erklärte der Sprecher des Auswärtigen Amtes, daß keine derartigen Beschlüsse vorlägen und daß sich auch an der japanischen Haltung zur Lage im Fernen Osten sowie seiner Einstellung gegenüber China und der Flottenfrage nichts geändert habe.

Der Sprecher des japanischen Auswärtigen Amtes teilte weiter mit, daß die englische Unterrichtung über die von Großbritannien beabsichtigte weitere Indiensthaltung von Zerstörern mit einer Gesamttonnage von 40 000 Tonnen über die im Flottenvertrag vorgesehene Zerstörertonnage von 150 000 Tonnen hinaus vor 10 Tagen in Tokio eingetroffen sei. Die japanische Regierung werde nach Prüfung der bestehenden Verträge zu dieser Angelegenheit Stellung nehmen.

Aus der Haltung der japanischen Presse kann man schließen, daß Japan der Absicht der britischen Regierung nicht ohne weiteres zustimmen dürfte. Die Blätter vertreten die Auffassung, daß der englische Vorschlag dem Londoner Flottenvertrag widerspreche und die diesbezüglichen zwischenstaatlichen Abreden verletzte. Die Nachrichtenagentur Domei erfährt aus japanischen Marinekreisen, daß nach dortiger Auffassung die einseitige Vermehrung der Zerstörertonnage durch England den Londoner Flottenvertrag gegenstandslos mache.

Verantwortlich: Kurt Schwarzkopff, Berlin-Wilmersdorf.
Druck und Verlag: Deutsches Nachrichtenbüro G. m. b. H., Berlin.